

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 38/39
Telex: 886 846 pbbn d



Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
zu den Ergebnissen der Montan-
Runde: Ein erster Schritt.
Seite 1

Eckart Kuhlwein MdB und
Harald B. Schäfer MdB zu
einer neuen Aufgabe der all-
gemeinbildenden Schulen:
Umweltspezifische Berufs-
orientierung erforderlich.
Seite 2

Anke Martiny zur geplanten
Erhöhung der Kfz-Prämie:
Selbstbedienungsladen der
Haftpflichtversicherer?
Seite 4

Dokumentation:

**Hamburgs Erster Bürgermei-
ster Dr. Klaus von Dohnanyi**
wurde mit der **Theodor-Haus-**
Medaille ausgezeichnet. Wir
veröffentlichen die **Laudatio**
von **Dr. Hildegard Hamm-Brü-**
cher.

Seite 5

43. Jahrgang / 38

25. Februar 1988

Erster Schritt

Zu den Ergebnissen der Montankonferenz

Von **Dr. Hans-Jochen Vogel MdB**
SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender

Die Montankonferenz gestern beim Bundeskanzler war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Der Bundeskanzler hat damit seine Mitverantwortung für die Menschen an Rhein und Ruhr anerkannt. Das ist gut so.

Wir begrüßen es, daß die Bundesregierung unseren Vorschlag für ein Montanprogramm im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“ - zumindest teilweise - ebenso aufgegriffen hat, wie eine Reihe der von der nordrhein-westfälischen Landesregierung vorgeschlagenen Projekte im Bereich der Infrastruktur des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, der Umweltpolitik und der Berufsausbildung.

Diesem ersten Schritt müssen allerdings weitere folgen. So die Entlastung der Städte und Gemeinden von den sie erdrückenden Sozialhilfeleistungen, damit sie die notwendigen örtlichen Voraussetzungen für die Errichtung neuer Arbeitsplätze schaffen können. Auch fehlt es an einer klaren Äußerung, wie die beteiligten Unternehmen die von ihnen in der Frankfurter Vereinbarung übernommenen Verpflichtungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze erfüllen wollen und wie die Zeitspanne zwischen dem Abbau und der Neuerrichtung von Arbeitsplätzen für die Betroffenen überbrückt werden soll.

Schließlich ist auch die Frage nach der Zukunft des Standorts Rheinhausen weiterhin ungelöst. (-/25.2.1988/vo-he/rs)

* * *

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Herstellung: 100% Umpapier
mit verbilligten Rohstoffen
Recycling-Papier



Umweltspezifische Berufsorientierung

Eine neue Aufgabe für die allgemeinbildenden Schulen

Von Eckart Kuhlwein MdB

Obmann im Ausschuß Bildung und Wissenschaft des Bundestages und

Harald B. Schäfer MdB

Obmann im Ausschuß Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Bundestages

Die Bedeutung von Bildung und Ausbildung wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zunehmen. Bei der Berufsausbildung ist schon heute erkennbar, daß zu wenig Jugendliche zukunftsorientierte Berufe erlernen können, daß dadurch Arbeitslosigkeit und hoher Umschulungsbedarf entstehen werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt daher, daß im Rahmen der INTERSCHUL-Messe 1988, die jetzt in Düsseldorf stattfindet, eine Fachtagung zum Thema Bildung und Umwelt durchgeführt wird, die vom Otto-Blume-Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik realisiert wird.

Für die Lebens- und Berufschancen des einzelnen als auch für die Stabilität und Vitalität der Gesellschaft insgesamt sind Bildung, Berufsausbildung, Hochschule und Weiterbildung von zentraler Bedeutung. Die Erwartungen an Bildung und berufliche Qualifikation sind also von allen Seiten außerordentlich hoch. Die gegenwärtigen Bildungsziele, Bildungsinhalte und die Strukturen ihrer Vermittlung reichen jedoch nicht aus, um den Erfordernissen gerecht zu werden.

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag geht davon aus, daß der rasche wirtschaftliche Strukturwandel und der technische Innovationsprozeß tiefgreifende Veränderungen der Arbeitswelt und der Anforderungen am Arbeitsplatz mit sich bringen. Die Entwicklung zur Dienstleistungs- und zur Informationsgesellschaft bedeutet eine wachsende Abhängigkeit der Wirtschaft vom „Produktionsfaktor persönliche Qualifikation“. Eine moderne Volkswirtschaft ist auf den mitdenkenden, mitgestaltenden und zur Übernahme von Verantwortung bereiten Arbeitnehmer genauso angewiesen wie auf ein kreatives und innovationsfreudiges Management. Dies verlangt von allen neue, anspruchsvolle Kenntnisse, Fertigkeiten und soziale Fähigkeiten. Wir alle werden in Zukunft Probleme lösen müssen, die noch komplexer sind als die heutigen.

Wir müssen anerkennen, daß jede Technik die - vielleicht unwahrscheinliche, aber doch existierende - Möglichkeit des Versagens in sich birgt. Wir müssen anerkennen, daß wir heute und auch

in Zukunft nie alles über die miteinander vernetzten Abhängigkeiten zum Beispiel der Natur wissen werden. Die möglichen Auswirkungen, die menschliche Eingriffe in natürliche Kreisläufe haben können, sind im voraus nicht bestimmbar - die drohende Zerstörung der Ozonschicht, die Schwächung der Widerstandskraft unserer Wälder, die Entstehung neuer Viren als Folge noch unbekannter Mutationen oder die giftige Strahlenbelastung auf Wiesen und Böden als Folge eines Atomunfalls sind nur Beispiele, wie Gesetze der Natur in nicht vorhersehbarer Weise verletzt wurden.

Wir brauchen vermehrte Anstrengungen im Umweltschutz entsprechend unserer Verantwortung vor der heutigen und der künftigen Generation beziehungsweise vor der Schöpfung insgesamt. Die Anstrengungen reichen noch lange nicht aus, das Waldsterben geht weiter, Nordsee und Alpenraum bleiben bedroht, die Artenvielfalt verringert sich, die Müllberge wachsen.

Eine verantwortungsvolle Bildungspolitik muß deshalb die Belange des Umweltschutzes mit einbeziehen. Dabei ist eine ökologische Neuorientierung in den Lehrplänen ebenso wie in den Unterrichtsmaterialien und der Lehrerausbildung unverzichtbar. Umweltschutz muß in Kindergärten, Schule, beruflicher Bildung, in der Weiterbildung und in der Hochschule grundsätzliches Bildungsangebot sein. Dabei ist Umweltschutz beziehungsweise Umweltpolitik in Ihren Aufgaben, Instrumenten und Problemstellungen als eigenes Unterrichtsfach, beziehungsweise als eigener Studiengang zu entwickeln.

Zu gewährleisten ist dabei auch die Einbeziehung des Umweltschutzes in den Fachunterricht beziehungsweise den Fachstudiengang für Biologie, Physik, Chemie, Geographie, Wirtschaft, Sozialkunde, Ingenieurwesen, medizinische Ausbildungsgänge. Dabei stellen sich auch die Fragen nach sozial schädlichen Folgen wissenschaftlich-technischer und ökonomischer Entwicklungen für Arbeit, Mensch, Tier, Pflanzen innerhalb des organisierten Lernens.

Es verbinden sich damit die Forderungen, daß öffentliche, aber auch geförderte Forschungs- und Entwicklungsprojekte der Pflicht unterworfen werden müssen, die Umweltverträglichkeit ihrer Produkte nachzuweisen. Zu den Aufgaben dieser Projekte sollte gehören, die davon Betroffenen einzubeziehen und auf die sozial verträgliche Handhabung und Gestaltung der Forschungs- und Entwicklungsergebnisse vorzubereiten.

(-/25.2.1988/vo-he/rs)

* * *

Selbstbedienungsladen der Haftpflichtversicherer?

Zur Ankündigung der Prämien-Erhöhung

Von Dr. Anke Martiny MdB

Alljährlich ist es dasselbe Spiel: Die Auto-Haftpflichtversicherer kündigen für die Jahresmitte beträchtliche Erhöhungen der Prämien an. Der Termin ist jedesmal so gewählt, daß die Genehmigung durch das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen noch aussteht. Und es wäre heuer nicht das erste Mal, wo die beträchtliche Erhöhung, die diesmal 7,8 Prozent betragen soll, durch die Aufsicht in Berlin mehr oder minder deutlich nach unten korrigiert wird.

Klar: Uns Autofahrerinnen und Autofahrern soll wieder einmal klargemacht werden, daß es an den von uns verursachten Schäden liegt, daß die Prämien steigen. Ist ja auch so. Aber wäre nicht ein Hinweis denkbar, daß die Raserei auf den Autobahnen und die Raserei bei Schnürregen oder im Nebel, bei Glatteis oder Schneetreiben, die immer zu so eindrucksvollen Fotos bei den Abendnachrichten führen, zu verhindern seien? Und wann endlich können wir lesen, daß den weiblichen Autofahrern materiell vergolten wird, daß sie vorsichtiger, defensiver und weniger riskant fahren als die Männer? Wo bleibt der frauenfreundliche Haftpflichtversicherungstarif? Was den Landwirten und öffentlich Bediensteten recht ist, sollte den Frauen doch billig sein?

Und außerdem: Ist das ganze Erhöhungstheater nicht wieder einmal so kalkuliert, daß wir Haftpflichtversicherten schließlich froh sind, wenn wir vielleicht nur sechs Prozent mehr bezahlen müssen und dann zum Jahresende noch eine Rückvergütung bekommen, weil die Schäden im Endeffekt doch nicht so gestiegen sind. Ist das Ganze für uns Versicherte überhaupt transparent genug? - Fragen über Fragen: Aber von den Haftpflichtversicherern ist nicht mehr zu hören, als daß sie fast acht Prozent mehr von uns haben wollen. Wenn Post und Bahn so zuschlagen würden, wenn das Benzin um solche Quoten stiege - welch ein Aufschrei ginge durch die Bevölkerung! Und wie wird erst gewettert, wenn um Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst gestritten wird.

{-/24.2.1988/vo-he/rs}

* * *

DOKUMENTATION

Dr. Hildegard Hamm-Brücher: Klaus von Dohnanyi's Beitrag zur Konfliktbewältigung

Der Hamburger Erste Bürgermeister Dr. Klaus von Dohnanyi wurde mit der Theodor-Heuss-Medaille des Jahres 1988 ausgezeichnet. Mit der von der Theodor-Heuss-Stiftung verliehenen Auszeichnung wurde ein „beispielhaft erscheinender Beitrag zur Befriedung und Konfliktbewältigung“ gewürdigt. Wir veröffentlichen die Laudatio, die Dr. Hildegard Hamm-Brücher, Vorsitzende des Vorstands der Heuss-Stiftung, auf Dr. Klaus von Dohnanyi am 20. Februar in Stuttgart hielt.

Der Theodor-Heuss-Preis 1988 gilt den demokratischen Lebensleistungen von Inge und Walter Jens, die Theodor-Heuss-Medaille haben wir heuer punktuell - für e i n e n uns beispielhaft erscheinenden Beitrag zur inneren Befriedung und Konfliktbewältigung zuerkannt - wobei Ihr Beitrag, lieber Klaus von Dohnanyi, natürlich auch auf dem Hintergrund Ihrer politischen Biographie zu würdigen ist. Dann auch Sie sind ein Demokrat, der sich über Jahrzehnte dem „Steineneu-behauen“ mutig und geduldig verschrieben hat. Auch Sie sind von einem anderen Ausgangspunkt ein Grenzgänger!

Zugegeben: Der Vorschlag, Klaus von Dohnanyi eine Theodor-Heuss-Medaille zuzuerkennen für seinen Versuch, den Konflikt mit den illegalen Hausbesetzern der Hamburger Hafenstraße in letzter Minute ohne Polizeieinsatz zu beenden, hat auch bei uns ein lebhaftes Pro und Contra ausgelöst. Wir sind dabei fest in eine Zerreißprobe unseres eigenen Selbstverständnisses als Stiftung geraten.

Ausschlaggebend war, daß wir unsere Auswahlkriterien bewußt auch an uns selber angelegt haben: Woilen wir uns doch in der Heuss'schen Tradition als eine kleine Gemeinschaft von Demokraten aus allen politischen Lagern verstehen, die alljährlich von neuem versucht, aus parteipolitischen Schablonen, aus der Lagermentalität unserer Tage und vor allem aus der Freund-Feind-Verhärtung herauszufinden, Polarisierungstendenzen zu widerstehen! Solche Polarisierungsmentalität wurde und wird ja in ihrem demokratiegefährdenden Ausmaß keineswegs nur in Kiel offenbar, oder beinahe allwöchentlich im „Bayern-Kurier“, sie wächst auch im politischen Alltag und im eigenen Kopf.

War es nicht so - als ein CDU-Bürgermeister in Berlin illegale Hausbesetzungen friedlich, ohne Polizeigewalt löste, gab es keinen Aufruhr, als aber ein SPD-Bürgermeister in Hamburg - unter noch schwereren Bedingungen das gleiche versuchte, dann zerreißt das die öffentliche Meinung.

Deshalb wollte die Theodor-Heuss-Stiftung im Sinne von Theodor Heuss, wie schon oft zuvor, mit Ihrer Auswahl einen Beitrag zur „Entkrampfung“, zum Abbau von Polarisierungen, leisten.

Für unsere Entscheidungen waren dabei folgende Gesichtspunkte ausschlaggebend:

1. Gerade weil in unserer demokratischen Entwicklung ein spürbarer **E n t f r e m d u n g s - p r o z e s s** zwischen - vor allem jungen - Bürgern und Parteien - zwischen Bürgern und demokratischen Institutionen - Bürgern und Staat, im Gange ist, wird das persönliche Beispiel des Politikers im Grundsätzlichen und im Einzelfall entscheidend wichtig. Wahrscheinlich ist dies die einzige Chance, der wechselseitig zunehmenden Kontaktsperre zwischen den Generationen entgegenzuwirken.

2. Klaus von Dohnanyi hat dieses Beispiel in zweifacher Weise gegeben:

Er hat zugegeben, Fehler gemacht zu haben, und er hat seine Entschlossenheit bekundet, bei einem Scheitern seines letzten Versuchs einer gewaltfreien Konfliktbewältigung, persönliche Konsequenzen zu ziehen und von seinem Amt zurückzutreten. Beides ist eine ebenso seltene wie hoffentlich aber beispielgebende Politiker-Haltung: Für politische Fehler einzustehen und auch persönliche Konsequenzen nicht zu schauen!

3. Der „Fall“ Hafensstraße ist (bei allen rechtlichen Bedenken) - letztlich doch ein **L e h r - s t ü c k** dafür, daß Konflikte dieser Art eben nicht nur durch das staatliche Gewaltmonopol lösbar sind (kaum auszudenken, was bei einer polizeilichen Räumung passiert wäre!), sondern auch durch Augenmaß, Lernfähigkeit und Friedensfähigkeit auf beiden Seiten. Dieser Prozeß kann auf Seiten des Staates durch Abwägen zwischen Macht und Verantwortung - hier repräsentiert in Gestalt des Regierenden Bürgermeisters - ausgelöst werden.

4. Zugegeben - diese Art der Lernfähigkeit ist ein schwieriger, langwieriger, risikoreicher **P r o - z e ß** - wie wir ihn ja derzeit auch auf dem Feld internationaler Konfliktbewältigung wagen wollen.

Aber dieser Prozeß ist unerläßlich, und er wird uns als Bewährungsprobe nicht nur für die äußere, sondern auch für unsere innere Friedensfähigkeit abverlangt. Nicht nur die eigene Bedrohung erkennen, sondern auch die, die der Gegner empfindet. Auch das ist ein mühsames „Steine-neu-behauen“ - im Sinne Lichtenbergs. Keinesfalls die Rechtsstaatlichkeit preisgeben, wohl aber so „verhältnismäßig“ wie möglich, also wirklich verantwortungs-ethisch handeln (das Risiko des Scheiterns inbegriffen) bis zur Preisgabe der eigenen politischen Existenz.

Soweit unsere Begründung.

(-/25.2.1988/vo-hs/rs)

* * *